

Heiners vierzehnter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Wintersession, 4. – 20. Dezember 2006

Die Wintersession konnte, etwas verkürzt, trotz Umbau- und Sanierungsarbeiten, im Bundeshaus durchgeführt werden. Aufgrund dieser Situation war im ganzen Gebäude Rauchfreiheit angesagt. Die Verantwortlichen taten alles, dass die Parlamentsarbeiten ordnungsgemäss durchgeführt werden konnten.

Bundesbudget; Osthilfe nicht zulasten der Entwicklungszusammenarbeit

Bei der Behandlung des Bundesbudgets engagierte ich mich am 5.12.2006 bei der Osthilfe gegen den im Rat erfolglosen Kürzungsantrag der SVP und setzte mich namens der EVP erfolglos für die Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit ein, dies im Sinne der Einhaltung des Versprechens vor der Volksabstimmung über das Osthilfegesetz, dass die Entwicklungszusammenarbeit keinesfalls reduziert werden darf.

Ja zum Kredit von 2,5 Mia. Franken für EU-Forschungsprogramm für die Jahre 2007 - 2013

Diese Beteiligung am 7. EU-Forschungsprogramm für die kommenden sieben Jahre ist auf den ersten Blick sehr hoch. Ohne dass es sich um eine politische Annäherung handelt, ist diese Beteiligung für den Forschungsplatz Schweiz sehr wichtig. Ich sprach mich am 12.12.2006 für Zustimmung aus, sowohl aufgrund der Beratungen in der zuständigen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur als auch aufgrund der Beratungen des Mitberichts in der Aussenpolitischen Kommission. Das Programm wurde von beiden Räten in der Wintersession genehmigt.

Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes, unter Auslassung der Cannabisfrage

Namens der EVP-Nationalräte sprach ich mich am 14.12.2006 für Eintreten auf die Vorlage aus. Wir sind für die Viersäulenpolitik – Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression. Die abstinentorientierte Therapie darf nicht an den Rand gedrängt werden. „Wir setzen uns dafür ein, dass Prävention und Jugendschutz im Vordergrund stehen, aber der Lebensschutz ist zentraler als sogenannte Freiheiten, die wir eben nicht als Freiheiten bezeichnen.“ Wir sind von der Detailberatung in mehreren Punkten nicht befriedigt. Das Geschäft geht an den Ständerat als Zweitrat.

Kommissionssprecher für den Europabericht 2006

Am 18.12.2006 war ich, neben Jacques-Simon Eggly (L/GE.) in französischer Sprache, deutschsprachiger Sprecher der Aussenpolitischen Kommission für den Europabericht 2006. Da ich in europapolitischen Fragen weder zu den „Euroturbos“ noch zu den „Abschottern“ gehöre und deshalb die pragmatische Linie des bilateralen Weges vertrete, wurde ich als Sprecher bestimmt. Für den Europabericht sind das Aussen- wie das Volkswirtschaftsdepartement zuständig, weshalb beide Bundesrätinnen - Micheline Calmy-Rey und Doris Leuthard - an den Beratungen teilnahmen. Es ist übrigens selten, dass beide Kommissionssprecher, wie wir beide diesmal, ohne Notizen sprachen und mit insgesamt weniger als 15 Minuten die uns zusammen zur Verfügung stehende Redezeit von 20 Minuten klar unterboten.

Abschaffung der Gewissensprüfung für die Zulassung zum Zivildienst

Der Nationalrat überwies bereits am 14.12.2005 meine Motion für die Einführung des Tatbeweises bei der Zulassung zum Zivildienst. Der Ständerat veränderte meine Motion und überwies sie am 20.6.2006; die Abschaffung der Gewissensprüfung fand damit auch Unterstützung durch den Ständerat. Am 18.12.2006 wurde meine Motion in der vom Ständerat abgeänderten Form vom Nationalrat gegen den Willen des Bundesrates mit 86 zu 64 Stimmen überwiesen. Bundesrätin Doris Leuthard bestätigte jedoch, dass dies für sie der Auftrag sei, eine Lösung ohne Gewissensprüfung zu unterbreiten. Damit ist der wesentlichste Schritt zur Abschaffung getan. Mit der Abschaffung der Gewissensprüfung ist auf Ende 2008 zu rechnen.

Rolle des Bundesrates bei Volksabstimmungen

Bei der Behandlung der Parlamentarischen Initiative Didier Burkhalter (FDP/NE) stellte ich Hans Fehr (SVP/ZH) eine Zwischenfrage, engagierte mich in einem Votum dafür, dass sich der Bundesrat nicht öffentlich gegen Abstimmungsempfehlungen des Parlamentes engagieren darf und antwortete auf eine Zwischenfrage von Walter Schmied (SVP/BE), dass sich meine Kritik über das Verhalten von Bundesräten vor Abstimmungen nicht gegen Bundesrat Blocher allein richtet, sondern generell gemeint ist.

Parlamentarische Vorstösse.

Motion betreffend Zivildienst: Einführung des Tatbeweises. Siehe obenstehende Information.

Am 5.10.2006 reichte ich eine Motion für eine Strukturelle Aufteilung der Swisscom ein. Ziel des Vorstosses ist es, die Swisscom in eine Infrastrukturgesellschaft (im Eigentum der öffentlichen Hand) und in eine Dienstleistungsgesellschaft (privatisiert) aufzuteilen. Der Bundesrat lehnte am 29.11.2006 die Motion ab. Die Behandlung wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

Am 6.10.2006 reichte ich eine Interpellation betreffend Bundesrat Blochers Äusserung zur Antirassismus-Strafnorm ein. Mit der Antwort des Bundesrates vom 29.11.2006 bin ich teilweise befriedigt. Er bedauert die Äusserungen des Vorstehers des EJPD in der Türkei. Er ist leider nach wie vor gegen die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern. Er ist aber gegen die Aufhebung der Antirassismus-Strafnorm.

Am 11.12.2006 reichte ich eine Parlamentarische Initiative betreffend Vermeidung von übersexualisierter und geschlechterdiskriminierender Werbung ein. Dieser Vorstoss entspricht inhaltlich bewusst wörtlich der Petition der Jungen EVP unter der Bezeichnung „Freie Sicht“, welche am 6.12.2006 mit 17'745 Unterschriften eingereicht wurde. Die Petition und die Pa.Iv. gehen zur Vorbehandlung an die Rechtskommission des Nationalrates.

Am 18.12.2006 reichte ich eine Anfrage für eine Werbeeinschränkung für besonders fett-, salz- und zuckerhaltige Produkte am Fernsehen ein. In Grossbritannien soll ein solches Verbot im Umfeld von Kindersendungen und solche, welche sich an eine besonders hohe Anzahl von Zuschauerinnen und Zuschauern unter 16 Jahren richten, eingeführt werden.

Mit einer Anfrage vom 18.12.2006 gegen Kriegsmaterialexporte nach Indien, Pakistan und Saudiarabien wendete ich mich gegen die Ausfuhr an Länder, welche sich um Atomwaffen bemühen (Indien), sich um Atomwaffen bemühen und Menschenrechte missachten (Pakistan) oder die Menschenrechte missachten (Saudiarabien).

Am 20.12.2006 reichte ich eine Interpellation betreffend Lärmsanierung der Eisenbahnen: Stahlbrücken vergessen? Die gleichlautenden Interpellationen wurden auch von Viola Amherd (CVP/VS) und Geri Müller (G/AG) eingereicht. Mein Auslöser ist die Eisenbahnbrücke zwischen Wettingen und Baden.

Die Texte meiner Vorstösse, mit Begründungen und Antworten des Bundesrates, sind u.a. zu lesen unter www.heinerstuder.ch, Politisches, parlamentarische Vorstösse. Bei den neuen Vorstössen geht es eine Weile, bis die ganzen Texte veröffentlicht sind.

Frühjahrssession, Montag, 5. – Freitag, 23. März 2007. Besuchende sind herzlich willkommen.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen, Tel. 056 426 50 55

heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch

Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

Europabericht 2006

Heiner Studer (EVP/AG)

Frei vorgetragenes Referat namens der Aussenpolitischen Kommission am 18. Dezember 2006

Wir haben es mit dem Thema Europa zu tun. Es gibt Leute, bei denen kommt gleich was Emotionales, wenn sie einen blauen Untergrund und gelbe Sterne sehen. SVP-Kollegen haben mir vor einer Weile schon gesagt: Was machst Du jetzt noch auf diese Weise mit Krawatte Werbung für die EU? Und unsere Aussenministerin fragte mich kürzlich: Wirbst du jetzt für die EU mit dieser Krawatte? Aber es ist ganz anders. Blauer Hintergrund und gelbe Sterne – das ist meine Gemeinde. Das ist eine ganz durchschnittliche Schweizer Gemeinde. Das ist das Logo, und der Stern ist Maris Stella, also das Kloster Wettingen, wo der Komponist des Schweizer Psalms und der Landeshymne gewirkt hat. Diese durchschnittliche Gemeinde sagt immer Ja, wenn es um Abstimmungen bei bilateralen Abkommen geht. Sie ist also in dieser Mehrheit drin. Sie würde aber klar Nein sagen, wenn es um einen Vollbeitritt zur EU ginge. Sie würde sich aber auch wehren, wenn man sich abschotten würde. Also: Das ist typisch für das, was auch die Grundlage dieses Berichtes ist.

Der Bundesrat hat uns, wie es vorgesehen war, diesen Bericht unterbreitet, und wir haben ihn inhaltlich geprüft und stellen fest, dass das ein ausgezeichneter Bericht ist. Wir stellen fest, dass die Grundlagen unserer Europapolitik festgehalten sind. Es ist eine detaillierte Bestandesaufnahme und auch eine Analyse. Deshalb bin ich froh, dass ich im Namen der Kommission sagen kann, dass es nicht nur eine Fleissarbeit, sondern auch eine sehr gute informative Arbeit ist. Wer immer sich in der nächsten Zukunft mit der EU-Frage auseinandersetzen will, tut gut daran, diesen Bericht nicht ins Altpapier zu werfen, sondern zu Hause aufzubewahren, weil hier viele Fakten sind, über die wir eben dann sprechen können, wenn es um die politischen Entscheide geht. Natürlich hätten einige Kommissionsmitglieder etwas mehr vertiefen wollen, andere hätten was weggelassen. Aber es ist ein Bericht, der nicht tendenziös in die eine oder andere Richtung geht, sondern wirklich umfassend und sachlich Bericht erstattet.

Nun geht es darum, dass wir – und da haben wir natürlich unterschiedliche Auffassungen - Wertungen vornehmen. Eine starke Minderheit unserer Kommission hatte den Eindruck, dieser Bericht hätte nichts Visionäres an sich. Sie hätte gewünscht, dass diesbezüglich etwas vom Bundesrat sichtbar geworden wäre. Eine andere Minderheit, nicht ganz so stark, hätte es am liebsten gehabt, wenn im Bericht gestanden hätte, dass das Beitrittsgesuch zurückgezogen werde. Und eine dritte Minderheit, die kleinste, zu der auch der Berichterstatter gehört, meinte, genauso - wie der Bericht mit seinen Folgerungen jetzt ist - sei es ein guter Bericht.

In Kurzfassung können Sie auf Seite 6982 die Zusammenfassung lesen über das, was das Wesentliche ist. Die Europapolitik unseres Landes soll also, auch aufgrund dieses Berichtes, erstens ihr Schwergewicht auf die ideellen und materiellen Interessen unseres Landes legen. Das macht Sinn, beides, ideell und materiell. Das soll zweitens aber auch durch Abkommen in den Bereichen sichergestellt werden, die beiden dienen, unserem Land und der Europäischen Union. Drittens, das ist das eigentlich Neue in der Folgerung, steht im Bericht nicht mehr, wie 1992 – das war zwar nicht ein Bericht, sondern ein Bundesratsentscheid -, es sei ein Beitrittsgesuch einzureichen oder in der letzten Runde sei der EU-Beitritt ein strategisches Ziel. Nein, hier steht, es sei eine längerfristige Option. Das ist auch das, was Sinn macht: Dass man jetzt mit dem Bericht nicht die politischen Folgerungen für die längerfristige Zukunft festhält, sondern das festhält, was jetzt da ist und welche Möglichkeiten offen sind. Es ist also sinnvoll, dass das so getan wird.

Ich habe Ihnen von drei unterschiedlich grossen Minderheiten gesprochen und nicht von einer Kommissionsmehrheit, weil es eben in diese Richtungen keine Mehrheiten gibt. Das ist die Realität unserer Europapolitik. Aber was sicher der Fall ist, ist, dass es für den bilateralen Weg - ich sage ausdrücklich: bilateralen Weg - eine klare Mehrheit in der Kommission und auch in diesem Plenum gibt. Aber ich sage ausdrücklich für den bilateralen Weg, es gibt keinen Bilateralismus. Was ist der Unterschied? Der Bilateralismus wäre das Ziel, aber die bilateralen Abkommen sind jetzt die konkreten Schritte. Wohin das Ziel schliesslich führt, müssen wir nicht für eine weite Zukunft entscheiden, sondern wir müssen jetzt festhalten, dass das Parlament bereit ist - das ist auch das Signal an unsere beiden Bundesrätinnen -, in diese Richtung weiterzugehen.

Ich komme zur Folgerung: Für den Fall, dass der Bundesrat in nächster Zukunft für immer das Verhältnis unseres Landes zur Europäischen Union ändern wollte, dürfte er nicht einfach plötzlich, nach einer Bundesratssitzung, eine Stellungnahme herausgeben, wonach er sich so und so entschieden habe, sondern müsste mit Informationen und kurz das Wichtigste zusammenfassenden Fakten wieder vor das Parlament kommen, damit sowohl in den Aussenpolitischen Kommissionen der Räte wie im Plenum die Europapolitik bestimmt werden kann. Das sind die Ausführungen aus unserer Kommission, die ich versucht habe, zusammenfassend weiterzugeben.